

II. Konzeptueller Rahmen zur Rezeption belgischer Literaturen

1. Einsprachigkeit versus Mehrsprachigkeit

Anhand der gegensätzlichen Pole »Einsprachigkeit« und »Mehrsprachigkeit« wird in diesem Kapitel das überkommene Konzept der Nationalliteratur mit einem pluralistischen Konzept nationaler Literaturen kontrastiert; hierbei wird insbesondere das Verhältnis von Kultur und Sprache einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Dies ist erforderlich, da der Fall Belgien nicht einer idealtypischen Form nationaler Literatur mit sprachlich homogenen Strukturen entspricht. Zugleich unterscheiden sich belgischer Ausgangskontext und deutscher Zielkontext hinsichtlich ihres sprachpolitischen Fundaments stark voneinander, sodass Konzepte der Mehrsprachigkeit und Einsprachigkeit einer näheren Betrachtung unterzogen werden müssen.

1.1 Nationalliteratur

In dem Kompositum »Nationalliteratur« werden die Konzepte »Nation« und »Literatur« zueinander in Relation gesetzt, wobei jedoch nicht unmittelbar klar ist, in welche Richtung diese Beziehung wirkt. Leistet die nationale Literatur einen Beitrag zur Konstituierung der Nation, oder aber wird die nationale Literatur durch die Nation bestimmt? Gilt sogar beides, sodass eine gegenseitige Wechselwirkung erfolgt? Dies führt wiederum zu der Frage, was jeweils zuerst vorhanden war – die Nation oder die entsprechende Literatur? Diesen Fragen soll in diesem Abschnitt nachgegangen werden, um den Begriff »Nationalliteratur« umfassend beschreiben und einordnen zu können. Hierfür ist jedoch zunächst ein klares Verständnis des Begriffs »Nation« erforderlich.

Nach einer bis ins 18. Jahrhundert geltenden Auffassung stellt eine Nation nur eine relativ kleine Einheit dar, die im Allgemeinen keine politische Funktion beinhaltet. Der Begriff geht etymologisch auf das lateinische *natio*, »das Geborenwerden«, zurück und bezieht sich in erster Linie auf die Herkunft von Personen: »[...] the first meaning of the word ›nation‹ indicates origin or descent: ›naissance, extraction, rang‹ to quote a dictio-

nary of ancient French, which cites Froissart's »je fus retourné au pays de ma nation en la conté de Haynnau.« (Hobsbawm 1990: 15).

Die dynastischen Königs- und Kaiserreiche Europas setzen sich demnach aus einer Bevölkerung vieler unterschiedlicher kleiner Nationen zusammen. Diese extreme Heterogenität ist für die monarchistischen Systeme nur von geringer Bedeutung, da sich alle Herrschaftsmacht einzig durch Gottes Gnaden auf den Monarchen konzentriert; die Einwohner eines Herrschaftsgebietes sind für diese Legitimierung unerheblich und werden entsprechend einheitlich als »Untertanen« qualifiziert (vgl. Anderson 2016: 19). Im Zuge der Strömung der Aufklärung kommt der Gesellschaft ab Ende des 18. Jahrhunderts jedoch eine neue Bedeutung zu, wodurch die Auflösung der bis dahin bestehenden dynastischen Reiche in Gang gesetzt wird und sich neue Staaten auf einer neuen Legitimationsgrundlage herausbilden. Durch diese Entwicklung kommt dem Begriff der »Nation« ein neuer Sinngehalt zu, für den sich eine essentialistische Sichtweise von Identität herausbildet und verfestigt.

Bereits Ernest Renan kritisiert 1882 in einer Rede an der Sorbonne mit dem Titel »Qu'est-ce qu'une nation?« eine solche Konzeption von »Nation« auf Basis angeblich objektiver Gemeinsamkeiten und stellt vielmehr den Gedanken einer willentlich gestalteten Gemeinschaft in den Vordergrund:

»Eine Nation ist also eine große Solidargemeinschaft, getragen vom Gefühl der Opfer, die man gebracht hat, und der Opfer die man noch bringen will. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und läßt sie in der Gegenwart in eine handfeste Tatsache münden: in der Übereinkunft, den deutlich geäußerten Wunsch, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Das Dasein einer Nation ist – erlauben Sie mir dieses Bild – ein Plebiszit Tag für Tag, wie das Dasein des einzelnen eine dauernde Behauptung des Lebens ist.« (Renan 1996 [1882])

Im 20. Jahrhundert, insbesondere in Anbetracht der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, entwickelt sich schließlich immer mehr eine anti-essentialistische Haltung, die zudem mit dem Einfluss des Strukturalismus einhergeht und für ein intellektuelles Umdenken sorgt. Vor diesem Hintergrund setzt in den 1980er-Jahren eine »konstruktivistische Wende« in Hinblick auf die sozialwissenschaftliche Konzeption des Begriffs der »Nation« ein, für die in erster Linie Eric Hobsbawm, Ernest Gellner und Benedict Anderson maßgeblich sind. Anderson betrachtet Nationen als vorgestellte bzw. erfundene Gemeinschaften und knüpft in seinem Werk *Imagined Communities* (2016) an Renan an, den er eingangs wie folgt zitiert: »Das Wesen einer Nation zeichnet sich nun aber dadurch aus, dass alle Individuen vieles gemeinsam haben bzw. dass alle vieles vergessen haben.« (Renan in Anderson 2016: 6)¹. Während Anderson ebenfalls zu einem großen Teil auf das »Nation-Building« im asiatischen Raum eingeht, betrachtet Hobsbawm in seinem Werk *Nations and Nationalism since 1780: Programme, Myth, Reality* (1990) primär die Perspektive Europas und der Vereinigten Staaten.

Hobsbawm (1990: 10) stellt fest, dass einer Definition von »Nation« eine Definition von »Nationalismus« vorausgehen müsse, da Nationalismus die eigentliche Vorausset-

1 Anderson zitiert Renan auf Französisch: »Or l'essence d'une nation est que tous les individus aient beaucoup de choses en commun, et aussi que tous aient oubliés bien des choses.«

zung für die Begründung einer Nation darstelle. Für eine Definition von »Nationalismus« greift Hobsbawm auf Gellners Werk *Nations and Nationalism* (1983) zurück:

»Nationalism is primarily a political principle, which holds that the political and the national unit should be congruent. Nationalism as a sentiment, or as a movement, can best be defined in terms of this principle. Nationalist *sentiment* is the feeling of anger aroused by the violation of the principle, or the feeling of satisfaction aroused by its fulfillment. A nationalist *movement* is one actuated by a sentiment of this kind.« (Gellner 1983: 1) [Herv. i.O.]

Für eine Definition von »Staat« stützt sich Gellner (1983: 3) im Wesentlichen auf das soziologische Konzept von Max Weber, merkt hierzu jedoch an, dass dieses nur für Staaten unter geordneter zentraler Steuerung wie etwa die Staaten der westlichen Welt gelten könne: »Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ›Gebiet‹ gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht.« (Weber 1980: 822)².

Hobsbawm (1990: 14–45) unterscheidet historisch im Wesentlichen zwei Konzepte, die im Ergebnis zu einer modernen Bedeutung von Nation geführt haben: ein revolutionär-demokratisches und ein nationalistisches:

Revolutionär-demokratisches Nationenkonzept

Diese primäre und in der Literatur zumeist angeführte Bedeutung von »Nation« ist in erster Linie politischer Natur und besteht in der Gleichstellung von »Volk« und »Staat« wie sie sich durch die Amerikanische und Französische Revolution vollzieht (vgl. Hobsbawm 1990: 18). Die überkommene Legitimierung monarchistischer Herrschaft wird durch die Französische Revolution nachhaltig erschüttert, und die Bevölkerung Frankreichs findet sich durch die Beendigung des Ancien Régime zum ersten Mal in Europa zu einem Staatsvolk auf einer völlig neuen Grundlage zusammen. Gemäß den Ideen von Jean-Jacques Rousseau in *Du contrat social ou Principes du droit politique* (1762) beruht die neue gesellschaftliche Ordnung nun auf einem freiwillig eingegangenen Vertrag, in dem sich die Bürger verpflichten, sich dem allgemeinen Willen der Gemeinschaft, dem »volonté générale«, zu unterwerfen. So entsteht eine neue und im Prinzip unfehlbare gemeinschaftliche Einheit, in der alle Macht von den freien, mündigen und gleichen Bürgern ausgeht. Es wird damit eine zentrale Lebensgemeinschaft geschaffen mit den Bürgern als Trägern souveränen Handelns.

Ausgehend von der Gleichheit der Bürger wird das Konzept der Nation nun über seine ursprüngliche Bedeutung hinaus auf die gesamte Bevölkerung und entsprechend auf das ganze Staatsgebiet übertragen. Damit wird das Modell des modernen Nationalstaats (»état-nation«) geschaffen. Entscheidend für diese Entwicklung ist, dass sich der moderne französische Nationalstaat auf den Überresten eines über Jahrhunderte gewachsenen monarchistischen Staates, dessen Grenzen in Europa in keiner Weise in Frage gestellt werden, herausbilden kann. Auch der neue US-amerikanische Staat geht bei seiner Unabhängigkeit 1776 aus den festen Grenzen eines Kolonialgebiets hervor, sodass sich hier

2 Weber wird in Gellner auf Englisch zitiert.

eine klare Deckungsgleichheit von »Volk« und »Staat« ergibt, auf deren Grundlage eine weitere Expansion erfolgen kann. Damit wird das Modell einer »Nation« souveräner Bürger mit einem Territorium verknüpft:

»The equation nation = state = people, and especially sovereign people, undoubtedly linked nation to territory, since structure and definition of states were now essentially territorial. It also implied multiplicity of nation-states so constituted, and this was indeed a necessary consequence of popular self-determination.« (Hobsbawm 1990: 19)

Diese neue Zuordnung auf der Grundlage eindeutiger territorialer Grenzen beinhaltet ursprünglich keinerlei Aussage über ethnische, linguistische oder sonstige Charakteristika, worüber eine kollektive Gruppenzugehörigkeit hätte definiert werden können; die französische Staatsbürgerschaft reicht theoretisch als einziges Kriterium aus, um Angehöriger der Französischen Republik zu sein. Eine gemeinsame Sprache spielt hierfür zunächst keine Rolle; tatsächlich sprechen im Jahre 1789 lediglich rund 13 Prozent der Bevölkerung korrekt Französisch, 50 Prozent der Franzosen sprechen gar kein Französisch (vgl. Hobsbawm 1990: 60). Tatsächlich können 1794 in Frankreich dreißig verschiedene Idiome unterschieden werden.³

Dennoch zeichnet sich Frankreich nach der Revolution durch eine ausgeprägte Sprachpolitik aus, die auf eine vollständige linguistische Einheitlichkeit innerhalb des Staates abzielt. Hobsbawm (1990: 22) führt dies unter anderem auch darauf zurück, dass die neue Staatsform sich für ihre Legitimierung nicht mehr auf Gottes Gnaden berufen kann und somit für die Durchsetzung ihrer Macht vor völlig neuen Herausforderungen steht, wobei sich eine einheitliche Sprache als vorteilhafte Kommunikationsgrundlage erweist. Französisch als Sprache der Jakobiner genießt aus revolutionärer Sicht zudem eine besondere Akzeptanz. Entsprechend ist es erstrebenswert für die Einwohner der neuen Republik, die französische Sprache zu erwerben, um ihrem neuen Status als freie Bürger Nachdruck zu verleihen und damit ihre Zugehörigkeit zum französischen Staat zusätzlich zu legitimieren:

»[...] in theory it was not the native use of the French language that made a person French [...] but the willingness to acquire this, among the other liberties, laws and common characteristics of the free people of France. In a sense acquiring French was one of the conditions of full French citizenship (and therefore nationality) as acquiring English became for American citizenship.« (Hobsbawm 1990: 21)

3 »Nous n'avons plus de provinces, et nous avons encore environ trente patois qui en rappellent les noms. Peut-être n'est-il pas inutile d'en faire l'énumération : le bas-breton, le normand, le picard, le rouchi ou wallon, le flamand, le champenois, le messin, le lorrain, le franc-comtois, le bourguignon, le bressan, le lyonnais, le dauphinois, l'auvergnat, le poitevin, le limousin, le picard, le provençal, le languedocien, le velayen, le catalan, le béarnais, le basque, le rouergat et le gascon; ce dernier seul est parlé sur une surface de 60 lieues en tout sens. Au nombre des patois, on doit placer encore l'italien de la Corse, des Alpes-Maritimes, et l'allemand des Haut et Bas-Rhin, parce que ces deux idiomes y sont très-dégénérés.« (Grégoire 1794) [Da es sich bei diesem Zitat hauptsächlich um eine Aufzählung handelt, verzichte ich auf eine Übersetzung].

Ebenfalls bestehen in Frankreich aufgrund des von Ludwig XIV. eingeführten Zentralismus von Anfang an günstige strukturelle Voraussetzungen für die Durchsetzung des Französischen als nationale Standardsprache. Zudem sind durch die im Jahre 1635 von Kardinal Richelieu gegründete *Académie française* bereits wesentliche Arbeiten mit dem Ziel der Vereinheitlichung und Pflege der französischen Sprache insbesondere durch die Erarbeitung eines normativen Wörterbuchs sowie anderer Referenzwerke (Grammatik, Rhetorik, Poetik) in Angriff genommen worden. So ist im Jahre 1694 die erste Auflage des 1637 begonnenen *Dictionnaire de l'Académie* erschienen. Darüber hinaus befindet sich die französische Literatur bereits seit dem 17. Jahrhundert auf höchstem intellektuellem Niveau mit maßgeblichen Werken des Barock, der Klassik und der Aufklärung, wodurch Französisch in ganz Europa den Status einer Prestigesprache genießt.

Erst nachdem sich die französische Nation auf Basis eines *contrat social* innerhalb bestehender staatlicher Grenzen formiert hat, setzt also ein Nationalismus ein, bei dem vor allem eine gemeinsame Sprache und Literatur im Vordergrund stehen, mit dem Ziel, den Prozess der Nationwerdung abzusichern. Es kann sich so eine weitgehende Deckungsgleichheit von Nation, Staat, Volk, Sprache und Kultur herausbilden, die Frankreich zu einem Nationalstaat *par excellence* macht.

Nationalistisches Nationenkonzept

Eine zu Frankreich umgekehrte Entwicklung ist für die Herausbildung einer deutschen bzw. italienischen Nation zu beobachten. Da für eine Identifikation als Nation nicht auf eindeutig definierte staatliche Grenzen zurückgegriffen werden kann und Deutsche beispielsweise weit über Zentral- und Osteuropa verteilt leben, entwickelt sich hier ein Nationalismus, der sich in erster Linie über eine gemeinsame Sprache und Kultur definiert, bevor erst später eine Begründung als Nation innerhalb politischer Grenzen erfolgen kann. Hierzu trägt auch bei, dass eine seit langem etablierte kulturelle Elite das intellektuelle Leben bestimmt und eine hochentwickelte Literatur hervorgebracht hat, während auch in der Verwaltung eine einheitliche Sprache genutzt wird (vgl. Hobsbawm 1990: 37). Nach Ansicht Hobsbawms führt dieser nationalistische Ansatz im Ergebnis ebenso zu einer Gleichsetzung von Staat, Nation und Volk wie der revolutionär-demokratische Ausgangspunkt, wobei jedoch der Aspekt der Unterscheidung von Fremden, also nicht dem Volk Zugehörigen, betont wird:

»Nevertheless, [...] two quite different concepts of the nation meet: the revolutionary-democratic and the nationalist. The equation state = nation = people applied to both, but for the nationalists the creation of the political entities which would contain it derived from the prior existence of some community distinguishing itself from foreigners, while from the revolutionary-democratic point of view the central concept was the sovereign citizen-people = state which, in relation to the remainder of the human race, constituted a ›nation‹.« (Hobsbawm 1990: 22)

Vor allem im Zuge der Epoche der Romantik, ab Ende des 18. Jahrhunderts bis weit in das 19. Jahrhundert hinein, setzt im deutschen Sprachraum eine ausgeprägte Rückbesinnung auf die Ursprünge deutscher Kultur für eine Identifikation als Nation ein. Gleichzeitig ist auch die französische militärische Expansion nach der Revolution ein Auslöser für die Entstehung eines neuen Nationalbewusstseins in Abgrenzung zur intellektuellen

und kulturellen Hegemonie Frankreichs. Obwohl die deutschen Regionen u.a. durch die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges historisch wenig gemeinsam haben, entwickeln sie nun eine antifranzösische Definition von »deutsch« auf der Suche nach einer nationalen Identität.

Die Dichter der Romantik greifen vor allem auf die Ideen Johann Gottfried Herders zurück, der in *Fragmente über die neuere deutsche Literatur* (1766/67) eine eigenständige Literatur der Deutschen, frei von fremden Einflüssen gefordert hat, wobei er davon ausgeht, dass jede Gesellschaft über ein eigenes Gravitationszentrum in geschichtlicher, kultureller und sprachlicher Hinsicht verfügt. In der *Abhandlung über den Ursprung der Sprache* (1772) formuliert er die Forderung, dass sich dieser Volksgeist in Sprache und Literatur ausdrücken soll und empfiehlt eine intensive Auseinandersetzung mit der Folkloristik. Wesentlich von Herder beeinflusst sehen beispielsweise die Gebrüder Grimm in der ferneren Vergangenheit die Wurzeln für die zeitgenössischen Zustände. So untersuchen sie die geschichtliche Entwicklung deutschsprachiger Literatur und legen damit die Grundlagen für eine wissenschaftliche Behandlung dieses Arbeitsgebietes. Als wichtige Werke sind hier neben einer Vielzahl bedeutender Studien *Grimms Märchen* (1812) und das *Deutsche Wörterbuch* (1854) zu nennen. Mit der Erforschung der deutschen Kulturgeschichte arbeiten die Gebrüder Grimm mit darauf hin, die deutsche Sprache zu vereinheitlichen und die damaligen deutschen Kleinstaaten zu vereinen.

Anhand dieser Entwicklungen offenbart sich ein wichtiges Paradoxon im Zusammenhang mit dem Begriff »Nation«, das Benedict Anderson (2016: 5) beschreibt: Einerseits stellt die Nation aus historischer Sicht ein objektiv modernes Konzept dar, andererseits entfaltet sich dieses Konzept aus einer nationalistischen Perspektive heraus aber rückwärtsgewandt auf der Grundlage von Althergebrachtem und Ursprünglichem, d.h. um die Identität als Nation als etwas Neues zur Entfaltung zu bringen, werden beispielsweise überlieferte kulturelle Traditionen und sprachliche Ursprünge herangezogen. Für das Staatsvolk der Nation, das sich in einem modernen Sinn als Einheit in Form einer Gemeinschaft mündiger Bürger begreift, wird hiermit die Basis für ein verbindendes Kulturgut erzeugt. Gellner erkennt ebenfalls den widersprüchlichen Charakter von Nationen als moderne soziale Einheit einerseits und ihre Legitimierung durch die Vergangenheit andererseits: »Nations as a natural, God-given way of classifying men, as an inherent though long-delayed political destiny, are a myth; nationalism, which sometimes takes pre-existing cultures and turns them into nations, sometimes invents them, and often obliterates pre-existing cultures: *that* is a reality [...]« (Gellner 1983: 48f.) [Herv. i.O.].

Nation, Sprache und Literatur

Die obigen Beispiele der französischen und deutschen Nationenbildung machen deutlich, dass Nationalsprachen nicht natürlicherweise als homogene nationale Einheiten gegeben sind, sondern sich erst aus einer Sprachlandschaft unterschiedlichster Idiome herausbilden müssen. Hierbei ist zu beobachten, dass sich in der Regel eine vorhandene Sprachvariante als Standardsprache durchsetzen kann, während davon abweichende Varianten auf das Niveau von Dialekten herabgestuft werden oder im Gebrauch völlig zurücktreten; durch die Erstellung von Wörterbüchern und Grammatiken werden

Nationalsprachen normiert und gleichzeitig teilweise künstlich konstruiert (vgl. Hobsbawm 1990: 54).

Weiterhin ist festzustellen, dass der Prozess der Entwicklung nationaler Sprachen einhergeht mit einem technologischen Fortschritt in der Buchdruckkunst und der Gründung international aktiver Verlagshäuser, die unter dem Primat des Kapitalismus auf der Suche nach neuen Absatzmärkten sind (vgl. Anderson 2016: 43ff.). War die Zielgruppe zunächst in erster Linie das Latein lesende Europa, wird es für den geschäftlichen Erfolg immer wichtiger, zusätzlich neue Leserschaften in einer möglichst einheitlichen Sprache zu erschließen. Auch unter diesem Gesichtspunkt kristallisieren sich unter den bestehenden Idiolekten »print-languages« (Anderson 2016: 43) heraus, die sich als Träger nationalen Bewusstseins wiederum zu »languages-of-power« (ebd.: 45) entwickeln und damit den Prozess der Nationenwerdung unterstützen: »We can summarize the conclusions to be drawn from the argument thus far by saying that the convergence of capitalism and print technology on the fatal diversity of human language created the possibility of a new form of imagined community, which in its basic morphology set the stage for modern nation.« (Anderson 2016: 46).

Die so entstandenen Nationalsprachen können sich zudem über das immer mehr an Bedeutung gewinnende öffentliche Bildungswesen etablieren (vgl. Hobsbawm 1990: 59). Die Strömung der Aufklärung bedeutet eine wesentliche Erweiterung des Einflussbereiches von Bildung und damit verbunden eine erhöhte Zugänglichkeit für einen breiten Teil der Bevölkerung. Gellner (1983: 35ff.) sieht ebenfalls in den durch die Industrialisierung bedingten gesellschaftlichen Anforderungen einen wesentlichen Grund für eine neue Infrastruktur des Bildungswesens in Verbindung mit zunehmender linguistischer Homogenität. Hierdurch entwickelt sich über alle Klassen hinweg eine Plattform für ein neues Bewusstsein von Kultur als ein gemeinsames Medium, an dem alle Mitglieder der Gesellschaft teilhaben und mitwirken können. Es erfolgt so einerseits eine Identifikation als Nation und eine Abgrenzung zum Fremden, andererseits werden hierdurch vielfältige kreative Kräfte freigesetzt: »[...] it is useful to remind ourselves that nations inspire love, and often profoundly self-sacrificing love. The cultural products of nationalism – poetry, prose fiction, music, plastic arts – show this love very clearly in thousands of different forms and styles.« (Anderson 2016: 141).

Wird Kultur als »spezielles Zeichensystem«⁴ aufgefasst, so wird auch der Zusammenhang von Kultur und Literatur erklärbar. Vor diesem Hintergrund entsteht im 19. Jahrhundert der Begriff der »Nationalliteratur«, der demnach als Ausdruck eines gemeinsamen und durch einen bestimmten Nationalismus inspirierten kulturellen Mediums zu sehen ist, von dem sich nationalsprachliche Traditionen und Charakteristika – etwa im Sinne des von Herder beschriebenen »Volksgeistes« – ableiten lassen. Es liegt damit eine gegenseitige Wechselwirkung von »Nation« und »Literatur« vor, wobei eine Nationalliteratur einerseits wesentlich die Konstituierung und den Erhalt der Nation unterstützt, andererseits die Nation gleichzeitig diese Nationalliteratur erzeugt. Die Herausbildung von Nationalliteraturen und -kulturen wird dabei durchgehend von Transferprozessen flankiert, was sich insbesondere anhand von Literaturübersetzungen ins Deutsche nachvollziehen lässt: »For Germanic literary and cultural history, perhaps more than for any other literary and cultural corpus, translation is innovation, key translations marking well-recognized renaissances in canonical literary history.« (Wiggin et al. 2016: 7). Mit der Schaffung von Nationen und Nationalsprachen findet damit ein tiefgreifender kultureller Umbruch statt, der als »die Umbildung der lateinischen Einheitskultur des mittelalterlichen Abendlandes zum nationalsprachlichen Literatursystem Neueuropas« (Apel 1963: 123) beschrieben werden kann.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass gesellschaftliche Entwicklungen im Zuge der Aufklärung zur Auflösung von Dynastien führten und hierdurch grundlegend neue politische Modelle notwendig wurden, wobei sich das Konzept der Nation als idealtypisch herauskristallisierte. Unter einer Nation ist jedoch nicht eine real gegebene Entität mit natürlichen Eigenschaften zu verstehen, sondern vielmehr das Ergebnis einer diskursiven Konstruktion innerhalb des Prozesses der Nationenwerdung.

Dies wird auch deutlich anhand der zahlreichen hiermit verbundenen Ausschlussmechanismen, insbesondere mit Blick auf die Kategorien Klasse, Gender und Ethnizität. So stellt der Zugang zu Bildung allgemein einen wesentlichen Faktor für die Teilhabe der Bevölkerung an der Ausgestaltung der Nation und ihrer Literatur dar. Zur Rolle von Geschlechtern etwa fragt Virginia Woolf anhand eines fiktiven Gedankenmodells in ihrem Essay *A Room of One's Own* (1929), ob William Shakespeare nicht eine Schwester namens Judith Shakespeare gehabt haben könnte und richtet damit den Blick auf Autorinnen, die

4 Trotz der Vielfalt unterschiedlicher Entwürfe ist in den letzten Jahren eine fachübergreifende Präferenz für einen bedeutungs- und wissensorientierten Kulturbegriff erkennbar, der semiotisch und konstruktivistisch geprägt ist. Demzufolge wird Kultur als der von Menschen erzeugte Gesamtkomplex von Vorstellungen, Denkformen, Empfindungsweisen, Werten und Bedeutungen aufgefasst, der sich in Symbolsystemen materialisiert. Einer solchen Begriffsbestimmung zufolge sind nicht nur materiale (z.B. künstlerische) Ausdrucksformen zum Bereich der Kultur zu zählen, sondern auch die sozialen Institutionen und mentalen Dispositionen, die die Hervorbringung solcher Artefakte überhaupt erst ermöglichen. Ein solcher semiotischer Kulturbegriff trägt somit der Einsicht Rechnung, dass Kulturen nicht nur eine materiale Seite – die »Kulturgüter« einer Nation – haben, sondern auch eine soziale und mentale Dimension. Die bekanntesten Beispiele für diesen Typus von Kulturbegriff sind das der Kulturanthropologie verpflichtete Verständnis von »Kultur als Text« und das in der Kultursemiotik entwickelte Konzept von »Kultur als Zeichensystem«. (Nünning 2009)

aus dem literaturgeschichtlichen Kanon ausgeschlossen sind. Hinsichtlich Ausschlussmechanismen in Verbindung mit Ethnizität wären beispielsweise Begriffe wie »Gastarbeiterliteratur« oder »Migrantenliteratur« zu hinterfragen, da sie eine Kategorisierung des Nicht-Dazugehörens implizieren.

Des Weiteren ist der Thematik des Kolonialismus im Zusammenhang mit der Nationenbildung Aufmerksamkeit zu schenken. So führte beispielsweise die französische Kolonialpolitik zur Verbreitung der französischen Sprache in Afrika und entsprechend zur Ausbildung afrikanischer Literaturen in französischer Sprache, die wiederum in Beziehung zu einem hierdurch gestärkten literarischen Zentrum Frankreich stehen. Zwar können Institutionen in Paris aufgrund ihrer Marktmacht regulierend auf das französischsprachige literarische Feld einwirken, jedoch kann das marginale Außen ebenso als eine Bereicherung für die literarische Produktion wahrgenommen werden – dies wird etwa anhand des seit 1949 in Paris etablierten Verlags »Présence Africaine« deutlich. Auch in nicht-(post-)kolonialen Zusammenhängen, wie etwa der Beziehung zwischen dem literarischen Frankreich und dem frankophonen Belgien, sind ähnliche Interdependenzen zwischen Zentrum und Peripherie zu beobachten (siehe hierzu Teil II, Kapitel 2 »Autonomie vs. Heteronomie – »kleine Literaturen«).

1.2 Literatur im mehrsprachigen Kontext

Vor dem Hintergrund des im 18./19. Jahrhundert entstandenen Idealmodells der Nationalliteratur erscheint die Begriffspaarung »Literatur« und »mehrsprachiger Kontext« widersprüchlich. Tatsächlich aber entstammen die europäischen Nationalliteraturen einem ursprünglich mehrsprachigen und national indifferenten Zusammenhang (Gramling 2017: 36). So ergab sich im Zuge der Umsetzung des Nationenkonzepts auch nicht in allen Fällen eine offizielle Deckungsgleichheit von Staatsgebiet und einer einzigen Nationalsprache. Eine mehrsprachige Bevölkerung bringt – abweichend vom Modell der Nationalliteratur – Literatur in unterschiedlichen Sprachen hervor. Hierdurch stellen sich vor allem Fragen hinsichtlich der Interdependenz zwischen Sprache und Kultur. In Anbetracht der im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Wechselwirkung von »Nation« und »Literatur«, wobei eine Nationalliteratur einerseits wesentlich die Konstituierung und den Erhalt der Nation unterstützt, andererseits die Nation gleichzeitig diese Nationalliteratur erzeugt, gilt es zu untersuchen, inwiefern dieser Zusammenhang auch für mehrsprachige Nationen gelten kann.

In diesem Abschnitt wird anhand von Beispielen zunächst ein kurzer Überblick über mehrsprachige Kontexte und deren unterschiedliche Hintergründe bzw. Konstellationen gegeben. Anschließend werden erste Begriffsbestimmungen in Bezug auf Sprache und Kontext vorgenommen. Diese dienen dann als Grundlage für weitere konzeptionelle Eingrenzungen hinsichtlich »Kultur und Mehrsprachigkeit«; hierbei wird der Kulturbegriff einer eingehenden Betrachtung unterzogen und die Rolle von Sprache für die Definition von Kultur untersucht. Vor diesem Hintergrund werden ebenfalls grundlegende Gesichtspunkte in Bezug auf »Ethik und Mehrsprachigkeit« veranschaulicht. Schließlich wird der Zusammenhang zwischen »Literatur und Mehrsprachigkeit« innerhalb und außerhalb von Text verdeutlicht; Ziel ist es, dem traditionellen Modell der »National-

literatur« ein an der mehrsprachigen Realität orientiertes Konzept »nationaler Literaturen« gegenüberzustellen.

Mehrsprachige Kontexte

Bei der Gründung neuer Staaten nach nationalstaatlichen Prinzipien im Europa des 19. bzw. 20. Jahrhunderts konnten Sprachgemeinschaften oftmals nicht eindeutig territorial definiert werden. Neben der Zuordnung von Gebieten bzw. Völkern zu Nationen stellte sich hier nun auch die Frage nach der kritischen Größe eines Staates, um einerseits den Anforderungen einer nationalen Kultur gerecht werden zu können, aber andererseits auch, um in Anbetracht der Herausforderungen von Industrialisierung und Kapitalismus die wirtschaftliche Lebensfähigkeit sicherzustellen. So beschreibt der Wirtschaftstheoretiker Friedrich List im Zusammenhang mit dem Nationenkonzept bereits im 19. Jahrhundert Rahmenbedingungen einer modernen Volkswirtschaft:

»Große Bevölkerung und ein weites, mit mannigfaltigen Naturfonds ausgestattetes Territorium sind wesentliche Erfordernisse der normalen Nationalität, sie sind Grundbedingungen der geistigen Bildung wie der materiellen Entwicklung und politischen Macht. Eine an Volkszahl und Territorium beschränkte Nation, zumal wenn sie eine besondere Sprache hat, kann nur eine verkrüppelte Literatur, nur krüppelhafte Anstalten für Beförderung der Künste und Wissenschaften besitzen. Ein kleiner Staat kann innerhalb seines Territoriums nie die verschiedenen Produktionszweige zur vollständigen Ausbildung bringen. Bei ihm wird jeder Schutz zum Privatmonopol. Nur durch Allianzen mit mächtigeren Nationen, durch teilweise Aufopferung der Vorteile der Nationalität und durch übermäßige Kraftanstrengung vermag er seine Selbständigkeit notdürftig zu behaupten.« (List 1841: 175f.)

Dieser Aspekt der Größenvorteile als Grundlage für einen autonomen Staat mit weitreichenden wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Potenzialen macht deutlich, dass Nationen in der Regel nicht homogen sind in Bezug auf Ethnie, Sprache oder gemeinsame Geschichte. Vielmehr ist zu beobachten, dass die Einheit sozialer Verbände wie Familie oder Stamm im Laufe der Jahrhunderte zunehmend expandierte hin zu einer erst lokalen, dann regionalen und schließlich nationalen Größe, in der sich immer mehr verschiedene Bevölkerungsteile zusammenfanden (vgl. Hobsbawm 1990: 33). Im Ergebnis weisen auch »alte« Nationen wie Großbritannien, Frankreich oder Spanien eine gesellschaftliche Heterogenität auf, wobei die Zugehörigkeit kleinerer Bevölkerungsgruppen zur Nation aufgrund der sich ergebenden Größenvorteile zunächst nicht infrage gestellt wurde. Der Philosoph und Ökonom John Stuart Mill sieht in einem solchen Zusammenschluss verschiedener Gruppen zu einer Nation die Lehre des Utilitarismus bestätigt, d.h. einer zweckorientierten Ethik, die auf den aggregierten Gesamtnutzen ausgerichtet ist, und kommentiert im 19. Jahrhundert wie folgt:

»Nobody can suppose that it is not more beneficial to a Breton, or a Basque or a French Navarre, [...] to be a member of the French nationality, admitted on equal terms to all the privileges of French citizenship [...] than to sulk on his own rocks, the half-savage relic of past times, revolving in his own little mental orbit, without participation

or interest in the general movement of the world. The same remark applies to the Welshman and the Scottish Highlander as members of the British nation.« (Mill 1964 [1861]: 363f.)

Um als Nationalstaat eine tragfähige Größe abzusichern, schlossen sich zum Teil mehrere kleinere Völker zu einer Nation zusammen. So entstand beispielsweise der Staat Rumänien Mitte des 19. Jahrhunderts durch die Vereinigung der Fürstentümer Moldau und Walachei; nach dem Zerfall der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn 1918 kamen weitere Gebiete wie Siebenbürgen und das Banat hinzu. Ebenfalls wurde der Nachfolgestaat Tschechoslowakei gegründet mit etlichen Minderheiten wie Magyaren, Polen oder Ukrainern sowie auch einer relativ großen deutschen Bevölkerungsgruppe, die 1945/46 vertrieben wurde. 1918 entstand zudem der Vielvölkerstaat Jugoslawien. Das spätere Auseinanderfallen letzterer Staaten in kleinere Nationalstaaten (1992) mag als Indiz dafür gelten, dass in einer Gesellschaft bestehende Problematiken durch Mehrsprachigkeit stärker zutage treten können.

Die Mehrsprachigkeit eines Staates kann ebenfalls durch eine aggressive Expansionspolitik befördert werden. So versuchte etwa das 1861 als Königreich gegründete Italien seiner Stellung als Nationalstaat u.a. durch die Annektierung Südtirols 1918 noch mehr Gewicht zu verleihen. Insbesondere sind mehrsprachige Gesellschaften auch die Folge kriegerischer Auseinandersetzungen: Nach der Niederlage Napoleons wurde durch den Wiener Kongress 1815 eine grundlegende staatliche Neuordnung in Europa festgelegt, im Ergebnis des Ersten und Zweiten Weltkriegs wurden große Teile von Bevölkerungsgruppen von einem Staat zu einem anderen verschoben, wodurch Solidargemeinschaften gezwungenermaßen neu geformt wurden.

Migration stellt einen weiteren wesentlichen Faktor für die Mehrsprachigkeit einer Gesellschaft dar. So haben sich beispielsweise in den Vereinigten Staaten als klassischem Einwanderungsland Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichstem kulturellen Hintergrund zu einem mächtigen »melting pot« zusammengefunden. Auch Länder in Europa öffnen sich zunehmend für Migration, etwa um negativen demographischen Entwicklungen wie einer Überalterung der Bevölkerung entgegenzuwirken, wodurch auch Gesellschaften, in denen sich eine weitgehende Deckungsgleichheit von Staatsgebiet und Sprache herausgebildet hat, wie zum Beispiel in Deutschland, wieder mehrsprachiger werden.

Des Weiteren ergeben sich durch Europäisierung und Globalisierung neue Anforderungen an die sprachlichen Kompetenzen der Mitglieder einer Gesellschaft. So hat sich insbesondere durch die weltweite wirtschaftliche Verflechtung und international operierende Konzerne – unabhängig von politisch definierten Landessprachen – Englisch weitgehend als globale Lingua Franca herausgebildet. Im Berufsleben wird von Individuen daher in zunehmendem Maße zumindest Bilingualität erwartet, d.h. die Beherrschung der Muttersprache und des Englischen.

Da das Nationenkonzept – wie im vorangegangenen Abschnitt dargestellt – ursprünglich keinerlei Aussagen über ethnische, linguistische oder sonstige Charakteristika beinhaltete, sondern allgemein eine Gruppe souveräner Bürger einem Territorium zuordnet, stellt Mehrsprachigkeit prinzipiell keinen Widerspruch hierzu dar. Mehrsprachige Gesellschaften sind in diesem Sinne als willentlich gestaltete Solidarge-

meinschaften zu betrachten, wie sie auch von Ernest Renan (1996 [1882]: 24) beschrieben werden. Anderson (2016 [1983]) widerspricht daher Gellner (1983), der die Bildung von Nationalstaaten mit Begriffen wie »fabrication« oder »falsity« in Verbindung bringt und damit die Existenz von »true« communities suggeriert. Anderson macht deutlich, dass im Grunde jede Gemeinschaft, die eine für den Einzelnen überschaubare Größenordnung übersteigt, erfunden ist: »In fact, all communities larger than primordial villages of face-to-face contact (and perhaps even these) are imagined. Communities are to be distinguished, not by their falsity/genuineness, but by the style in which they are imagined.« (Anderson 2016 [1983]: 6).

Festzuhalten ist, dass *alle* Nationen sprachlich mehr oder weniger heterogen sind. In Nationen mit nur einer offiziellen Amtssprache dominiert diese als Nationalsprache (z.B. Französisch in Frankreich), wodurch andere Sprachen zu Regionalsprachen (z.B. Walisisch, Schottisch im Vereinigten Königreich) oder Minderheitssprachen (z.B. Sorbisch in Deutschland) herabgestuft werden. Die Nationalsprache gilt hier als die eigentliche Prestigesprache, sodass Sprecher anderer Sprachen in der Regel bilingual sind und diese ebenfalls beherrschen müssen. Offiziell mehrsprachige Staaten, also solche mit mehreren Amtssprachen auf nationaler Ebene, zielen offenbar bewusst auf die politische Abbildung bestimmter in der Gesellschaft vorhandener Sprachen (z.B. Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch in der Schweiz). Doch auch offiziell einsprachige Länder, die beispielsweise Minderheitssprachen schützen oder sprachliche Unterstützung für Anderssprachige bereitstellen, erkennen – in unterschiedlicher Ausprägung – Mehrsprachigkeit als eine Rahmenbedingung der staatlichen Solidargemeinschaft an.

In vielen Nationalstaaten ist zu beobachten, dass Sprachgemeinschaften – zu meist, wenn sie eine substantielle Population repräsentieren – umfassende kulturelle Autonomie und damit verbunden Selbstverwaltungsrechte für sich beanspruchen. So sind Staaten oftmals föderalistisch strukturiert oder sprechen bestimmten Regionen Autonomierechte zu; beispielsweise besitzt Südtirol im modernen Italien den Status einer autonomen Provinz. Eine solche Selbständigkeit als Ausdruck der gegenseitigen Wertschätzung von Sprach- bzw. Kulturgemeinschaften kann einerseits den Fortbestand eines gemeinsamen Staates absichern, andererseits auch bestehende politische Spannungen und damit verbundene separatistische Tendenzen befördern; hier wären exemplarisch die Abspaltungsabsichten Kataloniens von Spanien zu nennen. Mehrsprachigkeit in einem Staat ist jedoch nicht grundsätzlich an Sprachgemeinschaften gebunden, es ist ebenfalls möglich, dass eine Population insgesamt relativ homogene mehrsprachige Strukturen aufweist; so werden etwa in Luxemburg über den Schulunterricht große Anstrengungen unternommen, um flächendeckend die Beherrschung der Landessprachen Deutsch, Französisch und Luxemburgisch in der Bevölkerung zu erreichen. Anhand der Beispiele zeigt sich, dass Interdependenzen zwischen Kultur und Sprache auf sehr unterschiedliche Weise innerhalb eines Kontextes abgebildet sein können und gleichzeitig eine ausgeprägte politische Komponente aufweisen. Mithin wird die Notwendigkeit deutlich, diese Zusammenhänge in den folgenden Unterpunkten näher zu beschreiben.

Begriffsbestimmungen

Mit der Entstehung von Nationen und Nationalsprachen wurde die Herausbildung einer neuen linguistischen Terminologie in Gang gesetzt, die der Notwendigkeit Rechnung trägt, die sprachliche Ausgangssituation innerhalb einer Gesellschaft zu beschreiben. In diesem Zusammenhang kann sogar von der »Invention of Monolingualism« (Gramling 2014, 2016) gesprochen werden: »Monolingualism [...] is the premise that anything, absolutely anything, can be reasonably done, said, or meant in any one particular language, given the proper circumstances.« (Gramling 2014: 127). Insbesondere die Institutionalisierung der Einzelphilologien an den Universitäten im Laufe des 19. Jahrhunderts und die Etablierung der Vergleichenden Literaturwissenschaften als komplementäre Ergänzung trugen entscheidend zu einer nationalistischen Betrachtung von Sprache und Literatur bei. Die moderne Literatur kann somit als »Hochburg der Einsprachigkeit« verstanden werden, die mit dem Buch als Grundeinheit »[einen] der einsprachigsten Gegenstände, die je erfunden wurden«, geschaffen hat (Gramling 2017: 41). Eng verbunden mit dem Konzept der »Einsprachigkeit« ist der auf die Forderungen Herders (siehe Abschnitt 1.1) zurückgehende Begriff der »Muttersprachensemantik«, wonach nur dem Muttersprachler die Fähigkeit zuerkannt wird, den »Volksgeist« in Sprache und Literatur auszudrücken.

Erst aus der Entstehung des Konzepts der »Einsprachigkeit« konnte das begriffliche Pendant der »Mehrsprachigkeit« resultieren. Obwohl Nationalsprachen aus einem ursprünglich mehrsprachigen Zusammenhang hervorgegangen sind, wurden paradoxerweise durch das neu entstandene monolinguale Sprachbewusstsein⁵ überhaupt die Voraussetzungen dafür geschaffen, einen plurilingualen Zustand zu erkennen und zu beschreiben: »Es gab keine Mehrsprachigkeit, bevor es nicht Einsprachigkeit gab« (Martyn 2014). Ausgehend von Rainier Grutman (2011: 182), der Mehrsprachigkeit als »the co-presence of two or more languages (in a society, text or individual)« definiert, nehme ich als Grundlage für diese Studie die folgende Begriffsbestimmung vor:

Einsprachigkeit bezeichnet die einheitliche Beherrschung/Verwendung einer einzigen Sprache innerhalb einer Gesellschaft; hieraus resultiert ein einsprachiges Territorium mit einsprachigen Individuen. *Mehrsprachigkeit* hingegen bezeichnet die Beherrschung/Verwendung mehrerer Sprachen innerhalb einer Gesellschaft; Mehrsprachigkeit kann sich sowohl auf die Koexistenz mehrerer Sprachen auf einem Territorium als auch auf das mehrere Sprachen umfassende Sprachrepertoire eines Individuums beziehen. Unter »Gesellschaft« ist in dieser Definition die Bevölkerung eines Staates zu verstehen. Gesellschaft darf daher nicht mit »Kultur« gleichgesetzt werden, da – wie unten noch gezeigt werden wird – Sprache immer auch Bedeutungsunterschiede und damit kulturelle Abweichungen erzeugt. In einer mehrsprachigen Gesellschaft werden kulturelle Artefakte wie literarische Produkte daher in unterschiedlichen Sprachen erzeugt.

5 Das Konzept der Einsprachigkeit beruht auf der in der Neuzeit entstandenen Erkenntnis, man spreche *etwas*: »The questions about the language, which today seem so ›natural‹ and so vital, did not arise [to the medieval subject]. To put the matter crudely: the medieval peasant spoke, but the modern person cannot merely speak: we have to speak something – a language.« (Billig 1995: 31).

Das neu entstandene Begriffspaar »Einsprachigkeit–Mehrsprachigkeit« zieht wiederum den abstrakten Begriff der »Sprachigkeit« nach sich, d.h. »das Bewusstsein davon, dass das sprachliche Medium eine *Einzel*sprache ist« (Stockhammer/Arndt/Naguschewski 2007: 26 [Herv. i.O.]), woraus die Vorstellung klar voneinander unterscheidbarer Sprachen resultiert: »Die Sprachigkeit eines sprachlichen Elements oder eines einer sprachlichen Struktur ist, so kann man Stockhammers Beschreibungen verstehen, der Grad ihrer Zugehörigkeit zu einer *langue* im Sinne Ferdinand de Saussures, also zu einer systemisch geschlossenen Spracheinheit mit Regeln, die es erlauben, Fehler zu erkennen.« (Dembeck 2014: 13).

Dies wirft jedoch unmittelbar Fragen hinsichtlich eines Referenzrahmens, also eines eindeutig definierten Pools bestehender Weltsprachen auf. Welche Idiome sind als Sprache zu bezeichnen und welche nicht bzw. wie kann die Differenz zwischen Sprache und Dialekt überhaupt beschrieben werden? Erst durch die Standardisierung von Volkssprachen wurde eine begriffliche Grundlage für die Kategorisierung unterschiedlicher Idiome anhand des Kriteriums der Sprachrichtigkeit geschaffen; zudem können zumeist national definierte Standardsprachen festen territorialen Grenzen zugeordnet werden, was ihnen Zählbarkeit verleiht, während die keinen festen Regeln unterworfenen Dialekte kontinuierlich ineinander übergehen und damit als quantitativ schwer eingrenzbar gelten (vgl. Dembeck 2017b: 29). Ausgehend von der Muttersprachensemantik wird in der Neuzeit insbesondere im »Muttersprachler« eine Instanz gesucht, die Grenzen zwischen den Sprachen festlegt. Diese als natürlich gegeben unterstellte Beziehung zwischen Muttersprachler und Muttersprache wird von Jacques Derrida in seiner Studie zum *Monolinguisme de l'autre* (1996) mit dem viel zitierten Satz »Je n'ai qu'une langue, ce n'est pas la mienne. [Ich habe nur eine Sprache, und die ist nicht die meinige.]« dekonstruiert. Nach Derrida ist der Status der Muttersprache selbst letztendlich nicht gesichert, da die kontextspezifischen Bedingungen des Einzelnen immer auch ein individuelles Idiom einfordern. Till Dembeck (2014: 14f.) folgert hieraus:

»Das, was wir »Muttersprache« zu nennen gewohnt sind, befindet sich sowohl jenseits der einmaligen Sprachigkeit jedes einzelnen Sprechers als auch jenseits der multiplen Sprachigkeit jeder Kommunikationssituation, in der die Idiome in Verhandlung miteinander treten, sich unterschiedliche sprachliche Standards aneinander reiben und die Begrenztheit jeder vereinzelter Sprache potentiell angetastet wird.«

Gramling (2017: 35) weist darauf hin, dass die Vorstellung zählbarer Sprachen »nicht nur Ergebnis komplexer historischer Prozesse, sondern überdies in systematischer Hinsicht für illusorisch erklärt worden [ist]«. Tatsächlich muss davon ausgegangen werden, dass ein Zustand der vollständigen Normierung aller weltweit vorhandenen Idiome nach dem Muster europäischer Sprachen in Anbetracht der vielfältigen politischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen auf der Welt nicht erreichbar ist. Doch auch bezüglich der Sprachenvielfalt in Europa wird zum Teil auf uneinheitliche Beschreibungskriterien zurückgegriffen, die zu unterschiedlichen Bestimmungen der Anzahl der europäischen Sprachen führen. So wird bereits in den 1970-Jahren eine deskriptive und entschieden »unpolitische« Vorgehensweise der Linguistik gefordert (Thümmel 1977). Hierzu wird jedoch festgestellt, dass jedes Bestreben, Sprachen voneinander abzugrenzen von vornherein einer politischen Motivation unterliegt und als Konsequenz hieraus »ei-

ne Beschränkung von Linguistik auf die bloße Deskription von Spracheinheiten [...] nie rein zu haben« ist (Dembeck 2014: 12).

Eine weitere Schwierigkeit für die Abgrenzung und damit Zählbarkeit von Idiomen manifestiert sich im Phänomen der »Sprachmischung« (vgl. Radaelli 2014: 165f.). Bei dieser Form der Sprachverwendung findet kein gewöhnliches »Code-Switching« im Sinne eines Wechsels zwischen unterschiedlichen, jeweils als Sprache zu bezeichnenden Idiomen statt, sodass eine eindeutige Zuordnung zu unterschiedlichen Sprachen unterminiert wird. Vor diesem Hintergrund ist allgemein eine erweiterte Auffassung von »Sprachigkeit« erforderlich:

»*Sprachigkeit*« umfasst [...] sowohl Einsprachigkeit als auch Mehrsprachigkeit und soll [...] als Überbegriff für sämtliche Formen von Sprachfähigkeit, -verwendung, -verbreitung und -verfügbarkeit dienen.« (Dorostkar 2014: 16) [Herv. d.V.]

Die insbesondere in Westeuropa weitgehend verfochtene Vorstellung von Einsprachigkeit folgt dem von der Forschung so benannten »monolingual paradigm«,⁶ das von natürlich gegebenen Sprachgemeinschaften ausgeht. Gemäß einer solchen existentialistischen Ideologie strukturiert sich die Erdoberfläche in eindeutig voneinander abgrenzbare einsprachige Territorien, die jeweils einer nationalen Einheit entsprechen. Mehrsprachigkeit stellt sich angesichts solcher Betrachtungen als ein Sonderfall dar, obwohl ja die Koexistenz von Idiomen vor Entstehen der Nationalstaaten eher den Normalfall darstellte. Das mittelalterliche Europa kann dennoch nicht als die Verwirklichung einer »translingualen Utopie« als Gegenentwurf zur nationalstaatlichen Ordnung der Neuzeit ausgelegt werden; es ist vielmehr davon auszugehen, dass Sprachdifferenzen schon immer zu Gewalt zwischen Gruppen geführt haben (Gramling 2017: 37).

Anhand des Einsprachigkeitsparadigmas wird deutlich, dass »Einsprachigkeit« und »Mehrsprachigkeit« nicht nur linguistisch besetzte Termini darstellen, sondern insbesondere eine wichtige Rolle spielen im Zusammenhang mit sprachenpolitischen Debatten und Maßnahmen. Als wichtiges politisches Instrument zur Durchsetzung einer bestimmten Ideologie lässt sich daher der Begriff des »Lingualismus« definieren:

»*Lingualismus*«: die Thematisierung und Einflussnahme auf Sprache im Sinn von Sprachigkeit mit dem Ziel, Veränderungen herbeizuführen, die ihre Wirkungen jenseits der Sprache(n) selbst entfalten sollen.« (Dorostkar 2014: 15) [Herv. d.V.]

Da bei Sprachpolitik ideologische Standpunkte eine maßgebliche Rolle spielen, die von sozialen Gruppen wie etwa Sprachgemeinschaften vertreten werden, besteht die Notwendigkeit, den Zusammenhang zwischen Sprache und bestimmten Weltanschauungen und Werten näher zu untersuchen:

Kultur und Mehrsprachigkeit

Gerade in der politischen Diskussion werden Kulturdifferenzen oftmals mit Sprachdifferenzen gleichgesetzt, wobei im Grunde einer Logik natürlich gegebener Sprachgemeinschaften im Sinne des »Einsprachigkeitsparadigmas« gefolgt und davon aus-

6 Das auf der Muttersprachensemantik beruhende Konzept des »monolingual paradigm« wurde dekonstruiert; siehe: Yasemin Yildiz, *Beyond the Mother Tongue: The Postmonolingual Condition* (2012).

gegangen wird, dass diese natürlich gegebenen Kulturräumen entsprechen. Vor dem Hintergrund, dass »Einsprachigkeit«, wie oben dargestellt, letztendlich konstruiert ist, muss die Gleichsetzung von Sprache und Gesellschaft als kulturelle Einheit jedoch hinterfragt werden. Als Ausgangspunkt hierfür möchte ich zunächst auf den modernen Kulturbegriff eingehen:

Der Soziologe Clifford Geertz definiert Kultur als »systems of shared meanings or understanding« (Geertz 1973), womit Kultur in erster Linie als eine Übereinkunft bezüglich bestimmter Werte als Basis für menschliches Handeln innerhalb einer wie auch immer gearteten sozialen Einheit aufgefasst wird. Hieraus ergibt sich ein Verständnis von Kultur als eine durch Sozialisation erworbene kollektive Programmierung bestimmter Gruppen von Menschen bezüglich ihrer Verhaltensnormen und gesellschaftlichen Funktionen, wodurch sie sich von anderen unterscheiden (vgl. Hofstede/Hofstede 2005: 19). So hat auch Shalom H. Schwartz in seiner »Theory of Basic Human Values« (Schwartz/Ros 1995) beschrieben, dass nationale Kulturen sich darin unterscheiden, welchen Werten sie in welchem Maße Bedeutung beimessen. In der hieraus resultierenden Praxis des Beschreibens und Vergleichens von Kulturen offenbart sich Kontingenz als das eigentliche Merkmal des neuzeitlichen Kulturbegriffs, wodurch jedoch eine grundsätzliche Verunsicherung erzeugt wird (vgl. Dembeck 2017a: 20).

Kultur im anthropologischen Sinne muss, um Signifikanzen zu erzeugen, in semiotische Darstellungsformen gebracht werden, durch die soziales Handeln überhaupt erst möglich wird. Diese Auffassung von »Kultur als Text«⁷ entspricht dann einem von Mitgliedern einer Gesellschaft »selbstgesponnenen Bedeutungsgewebe« (dies ist die einschlägige Formulierung von Geertz), durch das Handlungen permanent in interpretierende Zeichen und Symbole übersetzt werden (vgl. Bachmann-Medick 1996: 16). Dies setzt neben Sprache das Vorhandensein weiterer Übertragungsmechanismen voraus, über die Kultur Bedeutung erlangen kann, etwa ikonische oder akustische Zeichensysteme, aber auch psychische oder neuronale Mechanismen (vgl. Dembeck 2017a: 17).

Nach einem solchen Verständnis ist Kultur insbesondere an Sprache geknüpft, da diese als maßgebliches Medium kultureller Bedeutungserzeugung fungiert. Die Entwicklung von Kultur geht daher zwangsläufig mit der Normierung von Sprache im Sinne einer »grammatica« einher (vgl. Dembeck 2017a: 17ff.). Anhand der sozialen und mentalen Dimension von Kultur wird jedoch deutlich, dass Kulturgrenzen nicht automatisch mit Sprachgrenzen deckungsgleich sind. Beispielsweise ist die belgisch-flämische Kultur von der niederländischen zu unterscheiden, und die belgisch-frankophone Kultur ist nicht dieselbe wie die französische. Auch am Beispiel der deutschen Wiedervereinigung zeigt sich, dass trotz einer gemeinsamen Sprache erhebliche kulturelle Unterschiede entstehen können.⁸

Für eine mehrsprachige Gesellschaft bedeutet dies, dass in der Regel auf nationaler Ebene Übereinstimmung bezüglich der normativen Funktion von Kultur zustande

7 Zum Begriff »Kultur als Text« siehe auch Teil II, Kapitel 1.1 »Nationalliteratur«.

8 Siehe hierzu beispielsweise Rietzschel, Antonie, »Die. Wir. Ossi. Wessi? Denkanstöße zur Deutschen Einheit 2020«, 02.10.2020, Bundeszentrale für politische Bildung; URL: <https://www.bpb.de/ge-schichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/316540/die-wir-ossi-wessi>, abgerufen am 05.11.2020.

gekommen ist, diese aber ihre Bedeutungskonstituierung in unterschiedlichen Sprachen erhält, wobei durch Sprachdifferenzen immer auch mehr oder weniger große Bedeutungs- und damit Kulturdifferenzen entstehen. Sind Sprachgemeinschaften zudem politisch abgebildet, beispielsweise in Form von Föderalstaaten oder autonomen Regionen mit eigenen Gesetzgebungskompetenzen und Institutionen, so bilden sich innerhalb dieses Rahmens nochmals zusätzliche, an die jeweilige Sprachgemeinschaft gebundene gesellschaftliche Normen heraus. Das Fortbestehen einer solchen mehrsprachigen Nation setzt voraus, dass der auf nationaler Ebene vorhandene Vorrat gesellschaftlicher Normen dennoch eine transkulturelle determinierende Wirkung für gesellschaftliche Prozesse entfalten kann und nicht grundsätzlich beispielsweise durch Normen der Teilstaaten in Frage gestellt wird.

Nation und Sprachgemeinschaften stehen insbesondere deshalb in einem Spannungsverhältnis, da Kultur und Sprache immer auch Ausweis der Identität einer Gruppe sind: »Der Geschichte des Kulturbegriffs ist von Beginn an eine Semantik der Gruppenidentität eingeschrieben. Die Wirkmächtigkeit von Unterscheidungen wie Hellenen/Barbaren, Christen/Heiden und Menschen/Unmenschen legt davon Zeugnis ab. Von Beginn an dienen dabei auch sprachliche Merkmale zur Identifikation von Gruppenzugehörigkeit.« (Dembeck 2017b: 28).

Für mehrsprachige Gesellschaften bedeutet dies, dass der aufgrund der kulturellen Kontingenz ohnehin bestehende Zustand der Unsicherheit noch zusätzlich durch den sprachspezifischen Effekt der Identität verstärkt wird. Im Gegensatz dazu kann in einer einsprachigen Gesellschaft über die Sprache eine kulturelle Affirmation erzeugt werden, die über bestehende Unsicherheiten hinwegtäuscht und somit die kulturelle Einheit bestätigt (vgl. Dembeck 2017a: 21). Im Umkehrschluss kann dies in einer mehrsprachigen Gesellschaft dazu führen, dass über Sprache eine emanzipatorische Entwicklung in Gang gesetzt wird, die zur Abspaltung einer Sprachgemeinschaft führt.

Ethik und Mehrsprachigkeit

Betrachtet man noch einmal Clifford Geertz' oben zitierte Definition von Kultur als »systems of shared meanings or understanding«, so wird deutlich, dass gesellschaftliche Normen und Werte abhängig sind von einer gleichberechtigten Kommunikation. In einem demokratischen Staat muss daher sichergestellt sein, dass die gegebenen sprachlichen Strukturen es dem Einzelnen in seiner Funktion als mündigem Bürger ermöglichen, an gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen und allgemein von seinen Bürgerrechten – etwa dem Recht auf Arbeit – Gebrauch zu machen. Entsprechend kommt dem politischen Instrument des Lingualismus besondere Bedeutung zu, wenn es darum geht, die Rechte der Bürger im Sinne einer »Ethik der Mehrsprachigkeit« zu schützen.

Jörg Roche (2017: 45) unterstreicht in Anlehnung an Pierre Bourdieu die Bedeutung von Sprache als »gesellschaftlichem ›Produktionsmittel‹, als entscheidendem ›Kapital‹ zur Erschließung sozialer und wirtschaftlicher Potentiale«, wodurch die ethische Dimension von Sprache als »Medium von (Des)Integration« deutlich wird. Vor diesem Hintergrund kann beispielsweise die Beherrschung einer Nationalsprache durch die Mitglieder einer Gesellschaft erklärtes politisches Ziel sein, um die Kommunikation

innerhalb einer Gesellschaft sicherzustellen. Einer solchen »Leitsprachigkeit« (ebd.) steht jedoch die Tatsache, dass Gesellschaften wie oben gezeigt immer mehr oder weniger mehrsprachig sind, gegenüber. Arvi Sepp stellt daher fest, dass jeder Ethik der Mehrsprachigkeit eine fundamentale Aporie zugrunde liegt:

»Die prinzipielle Wertschätzung sprachlicher Diversität widerspricht der ethischen Zielsetzung kommunikativer Verständigung. Es ist aus ethischer Perspektive einerseits notwendig, den Muttersprachendiskurs zu dekonstruieren, da dieser die Öffnung auf den anderen und seine Sprachigkeit verhindert, andererseits ist es notwendig, die Muttersprachensemantik zu unterstützen, da sie emanzipatorische Kraft hat und gesellschaftliche Differenzen aufzulösen sucht.« (Sepp 2017: 54)

Einer Gesellschaft bleibt mithin nur die Möglichkeit, eine Art Gratwanderung zwischen diesen beiden ethischen Polen zu vollziehen und durch die Schaffung geeigneter politischer Strukturen einer Ethik der Mehrsprachigkeit weitestgehend gerecht zu werden. Hierbei ist zu beachten, dass alle Gesellschaften aus einer historischen Entwicklung hervorgehen, sodass sie einer bestimmten Prägung hinsichtlich des Stellenwerts der Muttersprachensemantik unterliegen.

Beispielsweise ist die einzige normativ genannte Amtssprache in Deutschland auf gesamtstaatlicher Ebene Deutsch, womit im Grunde der Muttersprachensemantik gefolgt wird mit der ethischen Zielsetzung kommunikativer Verständigung. Andere Sprachgemeinschaften können in einsprachigen Nationen dennoch staatlich unterstützt werden, so hat der Europarat⁹ bereits seit den 1960er-Jahren den Schutz der Regional- und Minderheitssprachen in Europa thematisiert und im Jahre 1992 die »Charte européenne des langues régionales ou minoritaires«¹⁰ verabschiedet mit dem Ziel, Regional- und Minderheitssprachen als Bestandteile des europäischen Kulturerbes zu schützen und ihren Gebrauch im privaten sowie im öffentlichen Leben zu fördern. Die Charta wurde bis 2017 von 25 Mitgliedsstaaten unterzeichnet und ratifiziert, von 8 Mitgliedsstaaten unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert und von 14 Mitgliedsstaaten weder unterzeichnet noch ratifiziert.¹¹ Der französische »Conseil constitutionnel« beispielsweise hat bereits 1999 entschieden, dass eine Verpflichtung Frankreichs im Rahmen der Charta den Grundsätzen der Unteilbarkeit der Republik, der Gleichheit

9 Der am 5. Mai 1949 gegründete Europarat ist eine zwischenstaatliche europäische Organisation, die 47 Mitgliedstaaten umfasst, darunter die 27 EU-Mitgliedstaaten. Der Europarat ist vollkommen unabhängig von der EU, arbeitet in bestimmten Fragen aber mit ihr zusammen. Die vorrangigen Ziele des Europarats sind die Verteidigung der Menschenrechte, die Stärkung der politischen Stabilität in Europa und die Ermittlung gemeinsamer Lösungen für Probleme wie Korruption, organisiertes Verbrechen, Menschenhandel, Diskriminierung von Minderheiten und Terrorismus. (vgl. <https://www.coe.int/de/web/about-us>, abgerufen am 21.11.2018).

10 Der Text der Charta ist verfügbar auf der Website des Europarats; URL: <https://www.coe.int/fr/web/european-charter-regional-or-minority-languages/text-of-the-charter>, abgerufen am 05.11.2020.

11 Für eine aktuelle Liste der Unterzeichnungen und Ratifikationen der Charta siehe Website des Europarats; URL: <https://www.coe.int/fr/web/european-charter-regional-or-minority-languages/signatures-and-ratifications>, abgerufen am 05.11.2020.

vor dem Gesetz, der Einzigartigkeit des französischen Volkes sowie dem offiziellen Gebrauch des Französischen widerspreche. Eine Ratifizierung der Charta wäre demnach nur mit einer Änderung der französischen Verfassung möglich.

Das moderne Spanien dagegen betont in seiner Verfassung bewusst seinen »Reichtum der unterschiedlichen sprachlichen Gegebenheiten Spaniens« als »ein Kulturgut, das besonders zu achten und zu schützen ist« (Art. 3 der aktuell gültigen spanischen Verfassung vom 29.12.1978). Das Kastilische oder Spanische ist die offizielle Sprache Spaniens, die anderen Sprachen Spaniens sind in den jeweiligen Autonomen Gemeinschaften Amtssprachen. Vor diesem Hintergrund wird von Sprechern der Minderheitssprachen bilinguale Sprachkompetenz erwartet: »Alle Spanier haben die Pflicht, sie [das Kastilische] zu kennen und das Recht, sie [das Kastilische] zu gebrauchen« (Art. 3 der spanischen Verfassung vom 29.12.1978). Spanien misst der prinzipiellen Wertschätzung sprachlicher Diversität somit eine hohe Bedeutung bei, will aber gleichzeitig im ganzen Land eine kommunikative Verständigung über die Prestigesprache Spanisch sicherstellen, wodurch sich wiederum das Ausmaß der ethischen Aporie offenbart.

Im Gegensatz zu offiziell einsprachigen Nationen haben sich Nationen mit mehr als einer Amtssprache grundsätzlich für die gleichberechtigte Koexistenz mehrerer Sprachen entschieden. Hierdurch wird zwar prinzipiell eine Öffnung auf den Anderen und seine jeweilige Sprachigkeit angestrebt, andererseits können durch eine erschwerte Kommunikation und das Fehlen einer Leitsprache gesellschaftliche Differenzen jedoch stärker zutage treten. Im Wesentlichen sind zwei verschiedene Formen mehrsprachiger Nationen zu unterscheiden:

In Nationen, die flächendeckend mehrsprachig sind, können die Probleme der kommunikativen Verständigung weitgehend durch eine entsprechende Mehrsprachigkeit der Bürger aufgefangen werden. So wird beispielsweise in Luxemburg gleichberechtigt sowohl die Beherrschung des Deutschen als auch des Französischen durch das Bildungssystem vermittelt und so eine annähernd homogene Mehrsprachigkeit als Kommunikationsbasis für die Bevölkerung angestrebt. Mit der Erhebung des Luxemburgischen zur Nationalsprache im Jahre 1984 wurde zusätzlich bewusst die emanzipatorische Kraft der Muttersprachensemantik beschworen. Dies war in ähnlicher Weise auch in Irland der Fall bei der flächendeckenden Wiederbelebung des Gälischen als Nationalsprache im Rahmen des irischen Nationalismus im 19. Jahrhundert, wodurch Irland ja erst ein offiziell mehrsprachiger Staat wurde. Dies diente vor allem emanzipatorischen Zwecken, wobei Englisch als Prestigesprache und damit Grundlage der gesellschaftlichen Kommunikation dennoch in keiner Weise in Frage gestellt wurde. Festzuhalten ist, dass flächendeckende Mehrsprachigkeit das Potenzial bietet, die oben beschriebene ethische Aporie in Teilen zu überwinden und damit sogar zur Stärkung einer Gesellschaft beizutragen.

Ganz andere Voraussetzungen ergeben sich hingegen in mehrsprachigen Nationen, in denen Sprachgemeinschaften durch voneinander abgegrenzte einsprachige Teilterritorien politisch abgebildet sind (wie z.B. in der Schweiz, Belgien oder Kanada). Hier werden die jeweiligen anderen Amtssprachen des Landes in der Regel zwar auch im Rahmen des Fremdsprachenunterrichts in einem gewissen Umfang an den Schulen vermittelt, jedoch kann nicht von einer homogenen sprachlichen Basis innerhalb der Bevölkerung ausgegangen werden. Durch die politische Ausgestaltung sprachlicher Diversi-

tät kommt es hier also zwangsläufig zu einer erschwerten kommunikativen Verständigung zwischen den verschiedenen Sprachgemeinschaften. Des Weiteren ist zu beobachten, dass die Wertschätzung der sprachlichen Diversität auf nationaler Ebene automatisch eine Unterstützung der Muttersprachensemantik auf der Ebene der sprachspezifischen Teilterritorien bedeutet, wodurch die eigentlich angestrebte Öffnung auf den Anderen und seine jeweilige Sprachigkeit durch die einzelnen Sprachgemeinschaften wieder in Frage gestellt wird. Einer Ethik der gegenseitigen Wertschätzung kommt in einer solchen mehrsprachigen Gesellschaft daher fundamentale Bedeutung zu, will man im Rahmen eines Diskurses Einvernehmen über gemeinsame gesellschaftliche Normen und Werte erzielen. Es ist auch davon auszugehen, dass kulturelle Eliten, die oftmals über sehr gute Kenntnisse in mehreren Landessprachen verfügen, bei der Teilnahme an diesem Diskurs bevorteilt sind. Gleichzeitig können diese Eliten gegebenenfalls eine Vorbildfunktion für die Herausbildung von mehr Bilingualität in der Gesamtbevölkerung übernehmen. Dies setzt allerdings voraus, dass gesellschaftliche Diskurse »die Öffnung auf den Anderen und seine Sprachigkeit« allgemein unterstützen.

Angeichts der gesellschaftlichen Herausforderungen durch Mehrsprachigkeit kommt insbesondere auch dem Zusammenhang zwischen Mehrsprachigkeit und Übersetzung bzw. Sprachpolitik und Übersetzungspolitik große Bedeutung zu (vgl. Meylaerts 2010). So liegt es in der Verantwortung jedes modernen demokratischen Staates, durch eine gezielte Übersetzungspolitik als eine Facette des Lingualismus eine effiziente Kommunikation zwischen staatlichen Autoritäten und Bürgern in beiden Richtungen sicherzustellen und damit demokratischen und rechtsstaatlichen Anforderungen zu genügen. Es ist dennoch sehr wichtig festzuhalten, dass die oben beschriebene fundamentale Aporie, die einer Ethik der Mehrsprachigkeit zugrunde liegt, durch Übersetzungspolitik nicht überwunden werden kann. Eine kommunikative Verständigung innerhalb der Bevölkerung wie sie als Grundlage für einen permanenten gesamtgesellschaftlichen Diskurs erforderlich ist, kann durch Übersetzung nicht erreicht werden. In einem mehrsprachigen Land, das sein Territorium in einsprachige Teilgebiete gliedert (wie z.B. Belgien) kann ein solcher Diskurs in direkter Form nur auf kommunaler und regionaler Ebene stattfinden, auf nationaler Ebene hingegen kann dieser nur indirekt über Volksvertreter aus den Regionen im Parlament erfolgen. Der Diskurs auf nationaler Ebene wird ebenfalls maßgeblich dadurch beeinflusst, ob politische Parteien landesweit (wie beispielsweise in der Schweiz) oder regional orientiert an Sprachgemeinschaften (wie beispielsweise im heutigen Belgien) organisiert sind. Zum Vergleich sei hier angeführt, dass in einem föderalen Staat wie beispielsweise Deutschland auf der Grundlage einer einheitlichen Sprache und bundesweit organisierter politischer Parteien ein direkter und permanenter demokratischer Diskurs der Bürger uneingeschränkt auf allen Ebenen der Gesellschaft möglich ist.

Betrachtungen über Mehrsprachigkeit und Sprach- bzw. Übersetzungspolitik bieten sich insbesondere auch für einen Staatenbund wie die Europäische Union an. Die EU betreibt eine multilinguale Politik und kommuniziert aktuell in 24 offiziellen EU-Sprachen mit gleichwertigem Status.¹² Hierdurch wird die Kommunikation zwischen den EU-In-

12 Grundlage ist »Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft« von 1958, die im Zuge der Erweiterung der EU mehrfach angepasst wurde; URL: <http://www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A3201R0001>

stitutionen und den 28 Mitgliedsstaaten bzw. den Bürgern der Mitgliedsstaaten geregelt. Offizielle EU-Dokumente wie z.B. Gesetzestexte oder Mitteilungen werden entsprechend in allen 24 EU-Sprachen gleichzeitig veröffentlicht. Als Arbeitssprachen innerhalb der EU-Institutionen sind jedoch nur drei Sprachen, nämlich Englisch, Französisch und Deutsch, festgelegt, was eine Diskriminierung der anderen EU-Sprachen bedeutet, aber aufgrund der Aporie, die einer Ethik der Mehrsprachigkeit innewohnt, einer kommunikativen Funktionalität geschuldet ist. Insbesondere seit der Osterweiterung der EU im Jahre 2004 ist für die Arbeit innerhalb der EU-Institutionen zu beobachten, dass diese Dreisprachigkeit, die in der Praxis im Übrigen nie zu gleichen Anteilen ausgebildet war, massiven Tendenzen hin zur Einsprachigkeit unterliegt. So hat sich Englisch weitgehend als Arbeitssprache durchgesetzt, sodass EU-Dokumente inzwischen zu rund 85 Prozent auf Englisch entworfen und abschließend verfasst werden.¹³ Erst dann werden diese Dokumente aus dem Englischen in die 23 anderen EU-Sprachen übersetzt, sodass anschließend eine gleichzeitige Veröffentlichung in allen 24 EU-Sprachen erfolgen kann. Man kann hieraus den Schluss ziehen, dass Muttersprachler des Englischen klare Vorteile bei der Durchsetzung ihrer Interessen innerhalb der EU genießen, woran auch die betriebene Sprach- und Übersetzungspolitik nichts ändert. Doch muss Einsprachigkeit hier als das Ergebnis der Anforderungen an eine kommunikative Verständigung gewertet werden und damit nicht als eine sprachpolitische Konstruktion.

Zur Schaffung eines öffentlichen Raumes, innerhalb dessen die EU-Bürger in soziale Interaktion zueinander treten können als Grundlage für die Demokratie in Europa, hat die EU mehrsprachige Kompetenzen ihrer Bürger zu einer wichtigen Priorität erklärt. Das Europäische Parlament fasst die Sprachenpolitik der EU wie folgt zusammen:

»Die Sprachenpolitik der EU fußt auf der Achtung der sprachlichen Vielfalt in allen Mitgliedstaaten und auf der Schaffung eines EU-weiten interkulturellen Dialogs. Um den gegenseitigen Respekt zu leben, fördert die EU das Lehren und Lernen von Fremdsprachen und die Mobilität aller Unionsbürger mithilfe von speziellen Programmen zur allgemeinen und beruflichen Bildung. Fremdsprachenkenntnisse werden als Grundkompetenz betrachtet, die alle EU-Bürger erwerben sollten, um ihre Ausbildungs- und Beschäftigungschancen zu erhöhen. Die EU hilft Mitgliedstaaten außerdem dabei, Minderheiten im Sinne der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen des Europarates zu schützen.«¹⁴

[ps://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31958R0001&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31958R0001&from=EN), abgerufen am 27.10.2018.

13 Von der Europäischen Kommission per Mail vom 19.11.2020 zur Verfügung gestellte Statistiken weisen aus, dass die Generaldirektion Übersetzung im Jahre 2019 zu ca. 84 Prozent aus der Ausgangssprache Englisch und zu ca. 4 Prozent aus der Ausgangssprache Französisch übersetzte, während im Jahre 1999 der Anteil des Englischen nur bei ca. 50 Prozent lag und noch zu ca. 34 Prozent aus der Ausgangssprache Französisch übersetzt wurde. Der Anteil des Deutschen als Ausgangssprache lag 2019 bei ca. 2 Prozent gegenüber ca. 5 Prozent im Jahre 1999. Die Europäische Kommission führt zu diesen Entwicklungen in ihrer Mail aus: »This is, however, not due to a conscious promotion of English, but a natural evolution in language use and an indication of drafters' (Commission policy officers) language knowledge.«

14 www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/142/sprachenpolitik, abgerufen am 21.11.2018.

Auch hier kommt zum Ausdruck, wie die EU der Aporie, die einer Ethik der Mehrsprachigkeit zugrunde liegt, entgegenwirken will. Einerseits wird der sprachlichen Vielfalt in Europa Respekt gezollt, andererseits werden die mehrsprachigen Kompetenzen der Bürger ausgebaut, um die gesellschaftliche Kommunikation und die Teilnahme an Diskursen innerhalb der EU zu gewährleisten.

Literatur und Mehrsprachigkeit

Auf der Grundlage der sozialen und mentalen Dimension von Kultur manifestiert sich die materiale Seite von Kultur über die Kulturgüter einer Nation. Literatur ist dabei im Gegensatz zu anderen Ausprägungen wie etwa Malerei oder Musik untrennbar an Sprache gebunden, sodass die Literatur mehrsprachiger Gesellschaften in mehreren Sprachen geschrieben wird. Auch in offiziell einsprachigen Gesellschaften, die faktisch jedoch mehr oder weniger mehrsprachig sind, kann somit Literatur auf der Basis unterschiedlicher Sprachen entstehen. Dem Zusammenhang von Mehrsprachigkeit und Literatur können mithin vielfache Kontexte zugeordnet werden, sodass eine weitergehende Begriffsklärung notwendig wird. Im Wesentlichen kann zwischen »Mehrsprachigkeit« innerhalb des Textes« und »Mehrsprachigkeit« außerhalb des Textes« differenziert werden (Radaelli 2014: 157).

In die Kategorie »Mehrsprachigkeit« innerhalb des Textes« fällt »literarische Mehrsprachigkeit oder mehrsprachige Literatur« (Radaelli 2014: 157), die als »the use of two or more languages within the same text« (Grutman 2011: 183) definiert werden kann. In solchen Texten kommen Sprachwechsel bzw. Sprachmischung als im Grunde einzig mögliche Verfahren der Sprachkombination zur Anwendung, was im Allgemeinen der Steigerung der Expressivität eines Textes dient (vgl. Radaelli 2014: 165). Sprachwechsel ist in der Linguistik als Code-Switching erforscht worden und tritt in der Literatur als Wechsel von einer Sprache in eine andere an »syntaktischen ›Sollbruchstellen‹« auf; Sprachwechsel kann dabei sowohl unterschiedlich große Textabschnitte umfassen als auch nur ein einziges Wort beispielsweise zur Schließung von Bezeichnungslücken (ebd.: 165f.). Auf diese Weise kann ein Text verschiedenen Sprachen gleichberechtigt Bedeutung beimessen oder aber einer im Text eindeutig dominanten Sprache gezielt eine Prise anderer Sprachen beimischen, was in der Literatur den weitaus häufiger anzutreffenden Fall darstellt (vgl. Grutman 2011: 183). In diesem Zusammenhang wird eine Unterscheidung zwischen »weak« und »strong plurilingualism« vorgeschlagen, wobei diese Terminologie ausdrücklich auf quantitativen Kriterien basiert (vgl. Lennon 2010: 17f.). Sprachmischung »lässt sich als ein nicht gänzlich vollzogener oder aber als ein ständig vollzogener Sprachwechsel beschreiben«, wodurch Mischsprachen entstehen (Radaelli 2014: 165f.). Sprachkombinationen können in Einzelsprachen und ihren verschiedenen Varietäten, aber auch in hybriden Sprachen (ein viel zitiertes Beispiel ist die »Kanak Sprak« von Feridun Zaimoglu) oder auch in erfundenen Sprachen auftreten (vgl. ebd.: 162ff.). Viel zitierte Beispiele mehrsprachiger Literatur sind im Werk Yoko Tawadas oder Emine Sevgi Özdamars zu finden. Es lässt sich insgesamt feststellen, dass literarische Texte allgemein Formen von Sprachwechsel und Sprachmischung aufweisen, sodass es Einsprachigkeit als sprachliche Realität nicht zu geben scheint (vgl. ebd.: 159).

Im Kontext von »Mehrsprachigkeit« innerhalb des Textes« sind auch Formen der »Mehrschriftlichkeit« (Schmitz-Emans 2014, 2017) einer Betrachtung in Bezug auf Mehrsprachigkeit zu unterziehen: Mehrschriftliche Literatur entsteht durch die Anwendung mehrerer Schriftcodes¹⁵ innerhalb eines Textes. Die Effekte, die durch mehrschriftliche Texte erzeugt werden, ähneln zwar denen mehrsprachiger Texte, grundsätzlich ist jedoch zu beachten, dass nicht jeder mehrschriftliche Text auch mehrsprachig ist und vor allem, dass nicht jeder mehrsprachige Text mehrschriftlich ist (vgl. Schmitz-Emans 2014: 183). Mehrschriftlichkeit bedeutet jedoch immer ein Abweichen von Sprachstandardisierung (vgl. Schmitz-Emans 2017: 101), sodass Mehrschriftlichkeit immer auch ein Abweichen vom Konzept der Einsprachigkeit erzeugt. Mehrschriftlichkeit kann insbesondere auch dazu dienen, Sprachkombinationen hervorzuheben und so dem Leser die Mehrsprachigkeit eines Textes bewusst zu machen. Folglich spielt Mehrschriftlichkeit auch bei der Übersetzung von Texten eine wichtige Rolle und kann über die latente oder manifeste Abbildung von Mehrsprachigkeit und damit über das Verständnis eines Textes entscheiden (siehe hierzu meine Untersuchungen in Teil III, Kapitel 3.2).

Insgesamt bietet »Mehrsprachigkeit« innerhalb des Textes« Autoren vielfältige Möglichkeiten, monolinguale Strukturen sowie daran gebundene literaturästhetische Normen aufzubrechen und durch das Experimentieren mit Sprache neue eigene Wege der Sprachästhetik zu gehen, wodurch auch hybriden Identitäten Ausdruck gegeben werden kann; Formen mehrsprachiger und mehrschriftlicher Literatur sind jedoch nicht nur das Privileg von Autoren mit Migrationshintergrund oder Autoren aus einer mehrsprachigen Gesellschaft, sondern stehen grundsätzlich allen Autoren als Experimentiermöglichkeit offen; allerdings besteht bei den beiden Autorengruppen mit mehrsprachigem Hintergrund eine besondere Affinität zum mehrsprachigen Schreiben, sodass hier Überlegungen zu Sprachwahl und kulturellem Bezugsrahmen besonders stark ausgeprägt sind (vgl. Glesener 2014: 323).

Mehrsprachigkeit in Bezug auf Individuen oder soziale Einheiten ist der Kategorie der »Mehrsprachigkeit« außerhalb des Textes« zuzuordnen. Hierbei ist zu beachten, dass die Mehrsprachigkeit eines Autors oder einer Gesellschaft nicht zwangsläufig zu mehrsprachiger Literatur führt, sondern dass mehrheitlich die Produktion einsprachiger Literatur gemäß den traditionellen Normen eines Literaturbetriebs die Regel ist, wobei oben festgestellt wurde, dass Formen mehrsprachiger Literatur auch in vermeintlich einsprachiger Literatur auftauchen. Insgesamt ist zu beobachten, dass überall auf der Welt und innerhalb der verschiedensten sozialen Einheiten permanent Literatur in vielfältigen Ausprägungen geschaffen wird, was unausweichlich Anlass zu Überlegungen geben muss, wie man gesellschaftlich mit diesem Phänomen umgehen möchte bzw. ob

15 Schriftcodes sind beispielsweise phonetische lateinische, griechische und kyrillische Schrift, logographische chinesische Schrift oder auch erfundene utopische Schrift; Schriftcodes sind zudem nicht nur an Sprache gebunden, sondern können grundsätzlich, wie etwa die Notenschrift in der Musik, auch der Aufzeichnung anderer kultureller Ausdrucksformen dienen, die so wiederum Eingang in die Literatur finden können (vgl. Schmitz-Emans 2017: 101ff.). Effekte der Mehrschriftlichkeit können ebenfalls durch die Kombination unterschiedlicher Schriftarten, die Verwendung von Großbuchstaben, Fett- oder Kursivschrift etc. erzielt werden.

überkommene Auffassungen von Literatur ggf. angepasst oder erweitert werden müssen:

»Wird mit der Feststellung, dass es in einer bestimmten Kultur/einem bestimmten Kontext/einem bestimmten Land immerzu und überall mehrere Vorstellungen von Literatur gibt, nicht längst Bekanntes neu aufgelegt? Solange nicht das Gegenteil bewiesen wurde, gehen die Chancen gegen null, dass dieses literarische Phänomen nicht zu Konflikt, Unentschlossenheit, Neuausrichtung, den unterschiedlichsten Zuständen führt, unabhängig von Land, Sprache, Zeitpunkt, Genre.«¹⁶ (Lambert 2004: 419)

In diesem Zusammenhang wird seit Längerem die Forderung geäußert, Literatur grundsätzlich als ein pluralistisches und offenes Konzept aufzufassen, sich dabei von überkommenen Vorstellungen über Nationalliteratur als weitgehend homogene Einheit zu lösen und so dem Singular »Literatur« konsequent den Plural »Literaturen« gegenüberzustellen (vgl. De Geest/Meylaerts 2004b). Gemäß einer solchen Auffassung nimmt man es als gegeben hin, dass innerhalb eines mehrsprachigen Kontextes mehrere Literaturen auf der Basis unterschiedlicher Sprachen entstehen. Diese Literaturen müssen nicht unbedingt offiziellen Amtssprachen entsprechen, sondern können beispielsweise auch aus Regional- oder Minderheitssprachen hervorgehen. Da Literaturen als Kulturgüter jedoch zwangsläufig einer sozialen Einheit entspringen, wird deutlich, dass auch ein offenes und pluralistisches Konzept von Literatur nicht ohne politische und soziologische Betrachtungen auskommen kann.

Die Definition eines nationalen Selbstverständnisses von Literaturen und ihrer Sprachigkeit(en) »betrifft letztendlich auch die gesellschaftliche Funktion von Philologie – und auch die Frage, welche Art und Weise des Umgangs mit Mehrsprachigkeit gesellschaftlich wünschenswert sein könnte« (Dembeck 2014: 11). In diesem Zusammenhang stellen sich zunächst Fragen hinsichtlich der Einbeziehung der gegebenen Sprachen – sollen neben den offiziellen Amtssprachen auch sämtliche Minderheitssprachen unterschiedlichster Ausprägung unter »Literaturen in der Nation« gefasst werden, oder entscheidet man sich im gesellschaftlichen Konsens letztendlich doch eher für eine einsprachige Nationalliteratur? Diese Fragestellungen machen gleichzeitig deutlich, dass sich Einsprachigkeit nur auf Basis gesellschaftlicher Legitimation auf Dauer durchsetzen kann. Gleichzeitig unterliegt auch die Ausgestaltung von Mehrsprachigkeit einer gesellschaftlichen Konstruktion und Legitimation. Schließlich wäre auch aus Sicht der Literaturwissenschaften zu klären, wie man mit einem pluralistischen und offenen Konzept im Sinne von »Literaturen« anstelle von »Literatur« umgehen möchte.

Die Frage, ob Literaturen einen Beitrag zur Nation leisten oder aber lediglich zu einer jeweiligen Sprachgemeinschaft müsste durch die konkrete Ausgestaltung eines pluralistischen und offenen Konzeptes von Literaturen beantwortet werden. Rainier Grutman (2004: 51ff.) stellt in einem Aufsatz mit dem bezeichnenden Titel »Amnésie, littérature

16 »Soutenir qu'il y a toujours, à tout moment et n'importe où, dans une culture/un cadre/un pays donnés, plusieurs conceptions de la littérature, n'est-ce pas enfoncer une porte ouverte? Aussi longtemps que le contraire n'aura pas été établi, les chances sont à peu près nulles que le phénomène littéraire ne donnerait pas lieu à des conflits, à des hésitations, à des changements d'orientation, à des situations diverses, quel que soit le pays, la langue, le moment, le genre.«

et nation« fest, dass die Literaturgeschichte eines Landes, ebenso wie seine Geschichtsschreibung, immer politisch ist, da Entscheidungen hierzu gezwungenermaßen einer gewissen Zensur und letztendlich einer Sprachpolitik unterworfen sind, welche jedoch aus einem gesellschaftlichen Diskurs hervorgehen; Literaturgeschichten und Kanonisierungsprozesse sind demnach immer historische Konstruktionen. Ebenso wie in der Linguistik Sprache von vornherein politischen Motiven unterliegt, ist erst recht eine Beschränkung von Philologie auf die bloße Deskription von Literatureinheiten nie rein zu haben.

Hieraus lässt sich aber auch ableiten – ebenso wie aus der Tatsache, dass Kultur per Definition kontingent ist –, dass ein Land selbst politische Entscheidungen für eine gesellschaftlich wünschenswerte Ausgestaltung seiner Literaturen treffen kann bzw. muss. Anhand des folgenden Zitats wird deutlich, in welch hohem Maße gerade in offiziell mehrsprachigen Nationen Handlungsbedarf für die Entwicklung eines eigenen Selbstverständnisses von Literaturen besteht:

»Belgien ist weder das Land einer Literatur noch das Land zweier Literaturen, es ist ein Land, in dem ständig mehrere Literaturbegriffe kultiviert werden und/oder dahinvegetieren, die wahrscheinlich nie wirklich den Status eines autonomen literarischen ›Systems‹ erreichen, – sofern ein solches tatsächlich in anderer Form als der Idealform existiert.«¹⁷ (Lambert 2004: 31)

José Lambert (2004: 431) weist darauf hin, dass Literaturen allzu leicht zum Spielball der Politik werden können, etwa im Rahmen separatistischer Bewegungen, wodurch die Literaturen mehrsprachiger Gesellschaften allgemein anfällig für nationalistische Tendenzen seien, was sie wiederum in eine defensive Position dränge. Da eine Entkopplung von Literatur und Politik, wie oben gezeigt, nicht möglich ist, kommt einem gesamtgesellschaftlichen Diskurs über ein pluralistisches und offenes Konzept von Literaturen daher besondere Bedeutung zu, will man einen politischen Missbrauch von Literatur verhindern. Bestehende Unsicherheiten, die durch die Kontingenz von Kultur unausweichlich entstehen, können durch ein gemeinsames innerhalb der Gesellschaft entwickeltes Selbstverständnis von »Literaturen in der Nation« minimiert werden; auf diese Weise kann auch zur Emanzipation und Entfaltung dieser Literaturen beigetragen werden. Der von Lambert ebenfalls angeschnittene Aspekt der Autonomie führt im nächsten Schritt zu der Frage, wie eine Vision, die eine mehrsprachige Gesellschaft bezüglich der Produktion, Distribution und Rezeption ihrer Literaturen entwickelt hat, insgesamt soziologisch umgesetzt werden kann. Ausführliche Betrachtungen hierzu werden in Kapitel 2 über »Kleine Literaturen« angestellt.

Pascale Casanova (1999) betrachtet Literatur aus einer entschieden internationalen Perspektive und macht deutlich, dass das »literarische Feld« (siehe hierzu ebenfalls Kapitel 2) unabhängig von politischen Grenzen durch autonome bzw. heteronome Kräfte gesteuert wird; sie bricht damit die durch Nationalliteraturen vorgeprägten Kategorien

17 »La Belgique n'est ni le pays d'une seule littérature ni le pays de deux littératures, c'est un pays où se cultivent et/ou végètent sans cesse plusieurs conceptions de littérature, qui n'atteignent sans doute jamais vraiment le statut d'un ›système‹ littéraire autonome, – si la chose existe vraiment autrement que sous la forme idéale.«

der traditionellen Komparistik auf und beschreibt die internationale Dimension der Literatur als einen langen dynamischen Prozess, der aus einem ständigen Kampf der Kulturen resultiert: Für alle Literaturen gilt gleichermaßen, dass sie sich ihre Autonomie im internationalen literarischen Feld erkämpfen müssen, sodass beispielsweise auch die französische Literatur im Laufe ihrer Geschichte immer wieder externe Versuche, Dominanz auszuüben, abwehren musste bzw. weiterhin muss (vgl. ebd.: 254). Die Existenz einer Literatur und ihr Status als autonom oder heteronom hängen vor allem auch von der Schaffung von Alleinstellungsmerkmalen ab: In erster Linie sind es die Autorinnen und Autoren, die einer Literatur durch ihre Kreativität einen Stempel aufdrücken, ihr so mehr Sichtbarkeit verleihen und Impulse für neue literarische Modelle geben. So hat die Literatur insgesamt über die Jahrhunderte betrachtet immer wieder neue Genres und sprachliche Mittel hervorgebracht, und in Anbetracht der enormen Vielfalt literarischer Ausgangssituationen überall auf der Welt ist davon auszugehen, dass die Möglichkeiten für die Beschreitung neuer Wege noch längst nicht ausgeschöpft sind (vgl. ebd.: 255ff.). Beispielsweise ist es Irland nach seiner Unabhängigkeit im 19. Jahrhundert gelungen, sich mit einer Literatur eigenen Stils zu profilieren und gleichzeitig von der dominanten traditionell britischen Literatur zu emanzipieren.

Dem geschlossenen und homogenen Konzept von Literatur, wie es durch den Habitus eines bestimmten literarischen Feldes gegeben ist, kann eine mehrsprachige Nation folglich ganz bewusst ein pluralistisches, d.h. multilinguales und offenes Konzept von Literaturen als Alleinstellungsmerkmal entgegensetzen, um sich zumindest teilweise von heteronomen Strukturen zu befreien. Ein solches Konzept bietet ebenso wie »Mehrsprachigkeit« innerhalb des Textes« die Möglichkeit, literaturästhetische Normen in Frage zu stellen und so das Einsprachigkeitsparadigma durch ein neues nationales Literaturmodell in mehreren Sprachen zu ersetzen. Insbesondere kann auf diese Weise der hybriden Identität einer mehrsprachigen Gesellschaft Ausdruck verliehen werden. Eine solche Strategie verfolgt beispielsweise das mehrsprachige Kanada. Die anglokanadische Literatur basiert auf literarischen Entwicklungen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten; die frankokanadische Literatur unterliegt starken Einflüssen aus Frankreich. Dennoch überwiegt inzwischen allgemein das Interesse, die eigene kanadische Kultur, die sich herausgebildet hat, literarisch zu erfassen. Hierin kommt ein Nationalismus zum Ausdruck, der bewusst die sprachliche Vielfalt der nationalen Literaturen betont. So präsentiert sich Kanada – und ebenso auch die Schweiz – gezielt mit Länderauftritten nationaler Literaturen in den verschiedenen Landessprachen auf internationalen Buchmessen (siehe hierzu auch Teil II, Kapitel 4.3 »Literaturvermittlung der Schweiz und Kanadas«).

Ein pluralistisches, mehrsprachiges Konzept von Literaturen wird auch von der Europäischen Union verfolgt. Mit ihrer Gründung durch den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992 wurde der in den 1950er Jahren begonnene Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe gehoben. Der Vertrag schuf nicht nur die Voraussetzungen für eine Wirtschafts- und Währungsunion, sondern legte auch den Grundstein für eine EU-Kulturpolitik, die die Institution der Europäischen Union legitimiert, auf paneuropäischer Ebene Einfluss auf den Bereich der Kultur zu nehmen. Ziel ist es, einen Beitrag zu leisten »to the flowering of the cultures of the Member States, while respecting their national and regional diversity and at the same time bringing the common

cultural heritage to the fore« (Art. 151 ECT). Das Europäische Parlament hat in einer EntschlieÙung aus dem Jahre 2001 die Schaffung eines »Europäischen Kulturraums« zum offiziellen Ziel der kulturellen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten erklärt.¹⁸ Eine genaue Definition des Begriffs fehlt jedoch in entsprechenden EU-Dokumenten. Im Rahmen des »Creative Europe Programme«¹⁹ fördert die EU die Verbreitung literarischer Werke in Europa insbesondere durch die Übersetzung von Büchern aus weniger vertretenen Sprachen. 2009 wurde der »European Union Prize for Literature (EUPL)«²⁰ ins Leben gerufen, deren Preisträger jedes Jahr in einer Anthologie unter dem Titel *European Stories* mit Auszügen aus den preisgekrönten Werken in Originalsprache und in der Regel englischer Übersetzung präsentiert werden. Es ist bisher jedoch nicht hinreichend erforscht, welchen Kulturbegriff die Europäische Union im Rahmen ihrer Kulturpolitik handhabt und welche Rolle die Literatur hierbei spielt.

2. Autonomie versus Heteronomie – »Kleine Literaturen«

Die vorangegangenen Kapitel über Literatur in nationalstaatlicher Tradition und Literatur in mehrsprachigen Kontexten haben deutlich gemacht, dass es in der Realität nicht ausschließlich eine idealtypische Form nationaler Literatur mit linguistisch homogenen Strukturen gibt, sondern zu einem großen Teil Literaturen, deren Form hiervon mehr oder weniger abweicht. Vor diesem Hintergrund ergeben sich zudem Unterschiede hinsichtlich der Größenordnung von Literaturen. Entsprechend begegnet uns in der Fachliteratur der Begriff der »kleinen Literaturen«²¹, der jedoch eine Reihe von Fragen hinsichtlich seiner Deutung aufwirft. Der Begriff wird uneinheitlich gebraucht; es sind eine Reihe synonyme bzw. polyseme Begriffe im Umlauf, sodass sich bezüglich der Definition und Klassifikation kleiner Literaturen ein sehr unübersichtliches Bild bietet. Insbesondere in der französischen Fachliteratur verursacht die große Zahl unterschiedlicher nebeneinander verwendeter Begriffe wie beispielsweise »petites littératures« (Robidoux 1968), »littératures mineures« (Deleuze/Guattari 1975: 29), »littératures minoritaires« (Dubois 2005: 189), »littératures périphériques« (Klinkenberg 2010), »littératures régionales« (Dubois 2005: 191), »littératures de l'exiguïté« (Paré 1972) oder »littératures liminaires« (Biron 2003) erhebliche Verwirrung bezüglich ihrer Interpretation und Verwendung. Ziel dieses Kapitels soll es daher sein, eine Begriffsklärung vorzunehmen, um ein eindeutiges Verständnis des Konzepts »kleine Literatur« zu erhalten. Es soll anhand relevanter Kriterien ein Klassifikationsschema erarbeitet werden, das als Grundlage für die weiteren Untersuchungen im Rahmen dieser Studie dienen soll.

18 »European Parliament resolution on cultural cooperation in the European Union (2000/2323(INI)«, 5 September 2001, S. 144; URL: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52001P0281&from=DE>, abgerufen am 02.03.2021.

19 Siehe hierzu folgende Website: https://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/node_en, abgerufen am 23.03.2021.

20 Siehe hierzu folgende Website: <https://www.euprizeliterature.eu/>, abgerufen am 23.03.2021.

21 Z.B.: Deleuze, Gilles/Guattari, Félix, *Kafka: Für eine kleine Literatur*, deutsch von Burkhart Kroeber, Suhrkamp, 1976.